
PRESSEMITTEILUNG

Krisenvorsorge ja. Staatlich verwalteter Strommangel nein.

IZW warnt: Die Sicherheitsplattform Strom darf nicht zum Beruhigungsteppich über einer jahrelangen energiepolitischen Fehlentwicklung werden, die zu einem selbst geschaffenen Versorgungsproblem geführt hat.

Memmingen, 05.08.2026. Eine belastbare Krisenvorsorge hätte Deutschland längst gebraucht. Doch notwendige Vorsorge darf nicht zum Beruhigungsteppich über einer jahrelangen energiepolitischen Fehlentwicklung werden, die zu einem selbst geschaffenen Versorgungsproblem geführt hat.

Die Sicherheitsplattform Strom ist ausdrücklich für länger anhaltende Strommangellagen vorgesehen. In diesem Fall kann die Bundesnetzagentur als Bundeslastverteiler verpflichtende Lastreduzierungen anordnen. Nach den Planungen können diese mehrere Tage bis Wochen dauern. Die Plattform verhindert den Mangel nicht. Sie organisiert seine staatliche Bewirtschaftung.

„Eine Industrienation darf sich nicht darauf konzentrieren, Strommangel möglichst effizient zu verwalten. Ihre staatliche Kernaufgabe ist es, für eine jederzeit sichere und ausreichende Energieversorgung zu sorgen.“

Andrea Thoma-Böck, Präsidentin der Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e. V.

Unternehmen tragen das wirtschaftliche Risiko

Besonders kritisch bewertet die IZW die wirtschaftlichen Folgen angeordneter Produktionsreduzierungen.

In einer dokumentierten Auskunft zur Sicherheitsplattform Strom vertritt die Bundesnetzagentur die Auffassung, dass das Energiesicherungsgesetz für angeordnete Produktionsreduzierungen grundsätzlich keine Entschädigung vorsieht. Das Untersagen der Produktion werde nicht als Enteignung eingeordnet und sei daher grundsätzlich nicht schadensersatzfähig.

„Damit werden die Folgen einer gesamtstaatlichen Mangellage auf die Unternehmen verlagert. Der Staat verteilt den Mangel, die wirtschaftlichen Schäden tragen die Betriebe. Aus einem Systemrisiko wird ein Bilanzrisiko der Unternehmen.“

Die energiepolitische Fehlentwicklung

Die Kritik der IZW richtet sich ausdrücklich nicht gegen Krisenvorsorge. Sie richtet sich gegen die energiepolitische Entwicklung, die einen solchen Mechanismus überhaupt erforderlich macht.

Deutschland hat erhebliche gesicherte und steuerbare Kraftwerksleistung stillgelegt, zugleich den Ausbau wetterabhängiger Erzeugung massiv vorangetrieben und verfolgt eine weitgehende Elektrifizierung von Industrie, Wärme und Mobilität. Hinzu kommen wachsende Anforderungen durch Digitalisierung, Rechenzentren und Künstliche Intelligenz. Neue gesicherte Erzeugungskapazitäten wurden jedoch nicht rechtzeitig und nicht in ausreichendem Umfang bereitgestellt. Amprion warnt zugleich, dass der marktseitige Versorgungssicherheitsstandard im Mittel der betrachteten Szenarien bereits ab 2028 nicht mehr eingehalten wird. Bis 2035 werden knapp 40 Gigawatt zusätzliche Kraftwerkskapazität benötigt, um den Standard zu halten.

„Wenn man ein Drehbuch für Wohlstandsvernichtung und Deindustrialisierung schreiben wollte, sähe es genau so aus.“

Ein toxisches Signal nach innen und nach außen

Die Signalwirkung dieser Entwicklung reicht nach Auffassung der Initiative weit über die Energiepolitik hinaus.

„Sie ist ein toxisches Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland, nach innen wie nach außen. Der Strompreis ist das eine. Die Verfügbarkeit ist das andere. Für Unternehmen im Inland ebenso wie für internationale Investoren zählt die Gewissheit, jederzeit produzieren und liefern zu können. Wer diese Gewissheit nicht bieten kann, verliert Investitionen, Wertschöpfung und Arbeitsplätze.“

Versorgungssicherheit muss wieder Vorrang haben

Die IZW fordert deshalb einen grundlegenden Kurswechsel. Versorgungssicherheit müsse wieder oberste Priorität staatlicher Daseinsvorsorge sein. Kein weiteres steuerbares Kraftwerk dürfe endgültig stillgelegt werden, bevor gleichwertiger Ersatz tatsächlich gebaut, angeschlossen und betriebsbereit sei.

Der Kohleausstieg müsse angesichts der von den Übertragungsnetzbetreibern beschriebenen Risiken für die Versorgungssicherheit verschoben werden, bis ausreichend gesicherte Ersatzkapazitäten verfügbar seien. Ideologische Denkverbote dürfe es nicht mehr geben. Alle Optionen müssten auf den Tisch.

„Energie ist das Lebenselixier jeder Volkswirtschaft. Jede industrielle Revolution war eine Energierevolution. Wer den Zugang zu Energie begrenzt, begrenzt Innovation, industrielle Wertschöpfung und wirtschaftliches Wachstum.“

„Energieknappheit als dauerhaftes Betriebsmodell kennt man aus Entwicklungs- und Schwellenländern, nicht aus einer führenden Industrienation. Deutschland darf sich nicht daran gewöhnen, Mangel zu verwalten. Erst Ersatz schaffen. Dann abschalten. Nicht umgekehrt.“

Die vollständige Kurz- und Langfassung der IZW-Stellungnahme wird unter www.zukunft-wirtschaft.de veröffentlicht.